

## Eesti Konservatiivne Rahvaerakond – Rechtspopulisten in Estland

Dr. Rolf Winkelmann<sup>1</sup>

### Einleitung

Rechtspopulisten sind in den vergangenen Jahren weltweit stärker geworden. Besonders in Europa ist dies in den letzten Jahren u.a. durch Probleme wie die hohe Zahl an Flüchtlingen, EU-kritische Stimmungen und Terrorismus offensichtlich geworden (Mudde 2016: 25). Einige Parteien wie die PVV von Geert Wilders, die PiS in Polen, der FIDESZ von Viktor Orbán oder die FPÖ waren oder sind an Regierungen beteiligt gewesen, während andere Parteien wie die deutsche AfD, die UKIP von Nigel Farage im Vereinigten Königreich oder Le Pens Front National in Frankreich bisher nicht an Regierungen beteiligt sind. Hiermit dürften die einem breiten Publikum bekannten rechtspopulistischen Parteien benannt sein. Abseits davon finden sich aber auch Parteien, die sogar in der Fachwelt weitgehend unbekannt sind. Zu diesen Parteien gehört zweifelsfrei die Eesti Konservatiivne Rahvaerakond (EKRE) in Estland, die eigentlich nur einem estnischen Publikum bekannt ist. Der in Tallinn lebende Populismus-Experte Florian Hartleb (2017: 21) erwähnt die EKRE kurz und stellt die rühmliche Ausnahme dar. Diese Wissenslücke in der außerestnischen Wissenschaft (auch in der Fachzeitschrift *Journal of Baltic Studies* findet sich kein Hinweis) ist wohl zunächst dem Sprachenproblem geschuldet und in zweiter Linie dem geringen Interesse der Wissenschaft. Dies ist umso erstaunlicher, als die EKRE im Juni 2017 die drittstärkste Kraft vor den im Oktober stattfindenden Kommunalwahlen war (news.err.ee: 20.06.2017). Bei den Kommunalwahlen am 15. Oktober 2017 erhielt die EKRE allerdings nur 6,7 % der abgegebenen Stimmen (news.postimees.ee: 16.10.2017).

In dieser Studie soll die Partei Eesti Konservatiivne Rahvaerakond (Estnische konservative Volkspartei) einem deutschsprachigen Fachpublikum nähergebracht werden. In diesem Aufsatz soll auch der Frage nachgegangen werden, ob die EKRE überhaupt eine rechtspopulistische Partei ist. Zur Klärung soll mit einer Definition von Rechtspopulismus gestartet werden. Hierbei werden primär Ansätze von Cas Mudde und Mudde/Kaltwasser verwendet. Im An-

schluss soll die Entwicklung der Partei von ihren Ursprüngen bis heute skizziert werden. Nach Klärung des Konzepts Rechtspopulismus und der Herkunft der Partei erfolgt eine Analyse des Grundsatzprogramms der EKRE. Hierbei wird eine Beschränkung auf die zuvor gefundenen Charakteristika erfolgen und andere Themen werden außen vorgelassen, wenn sie nicht einen Bezug zu den ausgewählten Themenbereichen haben.

Das Parteiprogramm ist nur in estnischer Sprache auf der Website der Partei aufzufinden. Übersetzungsfehler sind dem Verfasser anzulasten. Ergänzend zur Analyse des Grundsatzprogramms werden auch in englischsprachigen Medien gefundene Beiträge von Parteifunktionären herangezogen. Diese Ergänzung erfolgt, weil erstens ein Grundsatzprogramm längerfristig ausgerichtet ist und zweitens Beiträge wie „If you are black, go back“ (Martin Helme) durchaus auf den Charakter einer Partei schließen lassen können. Die gewählten Medien sind die estnischen öffentlich-rechtlichen Medien (news.err.com) und das Online-Angebot der Tageszeitung Postimees.

### 1. Definition Rechtspopulismus

Die Forschung ist sich hinsichtlich der Definition des Begriffs Rechtspopulismus bzw. Populismus uneins. Die Spannweite geht vom ‚Stilmittel der Politik‘ bis zur ‚Ideologie‘ (Lewandowsky 2012: 390; Hartleb 2017: 57ff.). Mudde/Kaltwasser gehen davon aus, dass populistische Parteien verschiedene ideologische Kernkonzepte besitzen, die aber z.T. nur schwer greifbar sind und in verschiedene Richtungen interpretierbar sind, weswegen es sich nicht um Gruppen mit ‚harter Ideologie‘ handelt. Die Kernkonzepte sind: Volk, Elite, Gemeinwille (i.S.v. *volonté générale*) (Mudde/Kaltwasser 2017: 9). Auch andere Autoren wie Wolf (2017), Lewandowsky (2012) nehmen in ihren Arbeiten Bezug auf diese Kernkonzepte.

Populistischen Parteien ist zu eigen, dass sie über ein manichäisches Weltbild verfügen. Dies zeigt sich zunächst in der Kontrastierung vom einfachen Volk, an das sich die populistischen Parteien wenden und das als unschuldig und rein verstanden wird, während auf der anderen Seite die Elite als unreine, korrupte oder als negativ konnotierte Gruppe gesehen wird (Mudde/Kaltwasser 2017: 6). Gleichzeitig verharret der Volksbezug ideologisch im Vagen und wird so anschlussfähig an verschiedene Ideologien und Gruppen von rechts bis links. Dies entspricht mehr oder weniger allen populistischen Parteien und ist kein ausschließliches Merkmal rechtspopulistischer Parteien. Die Wendung zum Rechtspopulismus er-

<sup>1</sup> Dr. Rolf Winkelmann, Verwaltung der Professur Didaktik des politischen Unterrichts und der politischen Bildung, Universität Oldenburg.

folgt nach Wolf, wenn die Provokationen und die Abgrenzung von den Eliten, von den Fremden und den „Anderen“ bei der gleichzeitigen Betonung des Nationalen zum prägenden Stil werden (Wolf, 2017: 7). Hiermit wird deutlich, dass Populisten wegen ihres geringen Ideologiegehalts an stärker ideologisierte Konzepte anknüpfen müssen. Diese ideologischen Versatzstücke und starken Anknüpfungen an andere Ideologien sind z.B. Nationalismus, Nativismus oder Xenophobie (Mudde/Kaltwasser 2017). Diese Anknüpfungen sind auch deshalb notwendig, weil Populismus aus seiner dünnen ideologischen Schicht eben keine Lösung ableiten kann, sondern dies aus den angebotenen Ideologien heraus erfolgt (Mudde/Kaltwasser 2017: 6). Für das östliche Europa charakteristisch ist, dass populistische Parteien sich stark an den Nationalismus binden und entsprechend eher rechts stehen (Mudde/Kaltwasser 2017: 14).

Das einfache Volk wird angesprochen, weil es sich gegen die Eliten und das Establishment mobilisieren lässt. Diese Ansprache ist auch als Kritik an der herrschenden politischen Kultur zu verstehen. Das einfache Volk wird aus der Sicht der Populisten von schlechten Politikern geführt, weshalb das Volk die Macht zurückerhalten soll. Der Terminus Volk ist polysemisch. Neben dem Verständnis des einfachen Volkes als Bürgerschaft, wird das Volk auch als politischer Souverän verstanden und in einer dritten Fassung wird Volk als Nation verstanden. Diese Nation kann inklusiv im Sinne einer Bürgerschaft oder exklusiv in der ethnischen Variante verstanden werden (Mudde/Kaltwasser 2017: 9-11). Wolf (2017: 6) stellt, wie Lewandowsky (2012: 391) und Hartleb (2017: 60), die Selbstidentifizierung und Gleichsetzung der Organisation und ihrer Ideologie mit dem gemeinen Volk und einer dazugehörenden Abgrenzung zu den herrschenden Eliten als ein Element einer populistischen Partei heraus. Gleichzeitig findet sich bei Populisten das Thema der Entfremdung der Eliten, die sich selbst bereichern und den einfachen Bürgern nicht helfen. Dadurch gewinnt der Populismus einen identitätspolitischen Grundcharakter mit einem entsprechenden Demokratieverständnis, in dem das Volk die absolute Souveränität zugesprochen bekommt (Lewandowsky 2012: 391). Damit das Volk seine Interessen dann gegen die korrupten Eliten durchsetzen kann, werden von populistischen Parteien häufig Plebiszite gefordert.

Rechtspopulisten sind keine isolierte Gruppierung in einer Gesellschaft, sondern können an verbreitete Einstellungen und Ideen zu Policy-Positionen der breiten Masse einer Gesellschaft anknüpfen (Mudde 2010:

1178). Das Volk ist durch eine gemeinsame Kultur, Sprache, Religion und Abstammung definiert. Diese Gemeinsamkeiten müssen entsprechend vor externen Einflüssen, die zu einer Veränderung eines als statisch definierten Volkstums führen können, geschützt werden. Andere, also Migranten, Ausländer, Minderheiten (Muslime, Islam usw.) etc. stellen eine Gefahr für die Nation und ihren Fortbestand dar (Wolf 2017: 13f.). Aber auch sozioökonomische Verteilungskämpfe werden bei der Ablehnung der „Anderen“ herangezogen, sei es im Kampf um Arbeitsplätze oder um bezahlbaren Wohnraum (Lewandowsky 2012: 393).

Eliten sind nach Mudde/Kaltwasser u.a.m. ein weiteres Kernkonzept des Populismus und dessen manichäischen Weltbildes. Auch die Verwendung des Begriffs Elite ist vielseitig. Neben der politischen und wirtschaftlichen Elite können auch aus allen anderen Bereichen, aber auch anderen Systemen und Staaten wie auch aus der EU, negativ konnotierte Eliten aus der Führungsschicht herangezogen werden. Ihnen allen ist aus Sicht der Populisten gemein, dass sie sich quasi gegen das Volk verschworen haben, gegen das Volk arbeiten und andere Interessen über die des Volkes stellen. In Mittel-Osteuropa ist eine Variante besonders oft zu finden, nachdem Populisten an die Macht gelangten und Erfolge ausblieben. In jenen Fällen wird auf dunkle Drahtzieher im Hintergrund und oppositionelle wirtschaftliche Eliten verwiesen, die mit ausländischen Gruppen und Regierungen gegen die Populisten arbeiten (Mudde/Kaltwasser 2017: 12f.). Hierfür kann die Stiftung „Open Society“ von George Soros exemplarisch genannt werden.

Populisten von rechts wie links ist auch gemeinsam, dass sie sich als Vertreter des Gemeinwillens im Sinne von Jean-Jacques Rousseaus *volonté générale* verstehen. Entsprechend propagieren Populisten häufig die Idee der Selbststeuerung des Volkes als Legislative und Exekutive in einer Form und fordern immer auch eine Stärkung der direkten Demokratie. Hierbei handelt es sich nicht nur um einen durchaus positiv zu wertenden Wunsch nach stärkerer Demokratisierung und Ausbau der Partizipationsmöglichkeiten für die mündigen Bürger, sondern auch um einen Ausdruck der Diskreditierung des repräsentativen Demokratiemodells, in dem korrupte Eliten über das ehrliche Volk zu dessen Nachteil herrschen. Zu Letzterem gehört auch die bei Populisten verbreitete EU-Skepsis bzw. EU-Feindlichkeit. In der EU würden schlechte, korrupte Eliten über die Interessen des einfachen Volkes hinwegregieren (Mudde/Kaltwasser 2017: 16ff.), so ihre Ansicht.

Auch wenn Populisten nur wenige Themen ansprechen, kann man bei den europäischen Rechtspopulisten einige Gemeinsamkeiten feststellen. Insgesamt besteht die inhaltliche Dimension von Rechtspopulisten aus diversen Antis (Anti-Islamismus, Anti-Immigration etc.) die aber helfen, die Mobilisierung der Wähler zu steigern (Hartleb 2017: 62). Mit Blick auf die Europäische Union kann die Ablehnung selbiger durch Populisten als ein Kernkonzept der europäischen Populisten von rechts und links gelten. Populisten in Europa sind meistens eher rechtsorientiert und greifen entsprechend auf Autoritarismus und Nativismus als harter Ideologie zurück (Mudde/Kaltwasser 2017: 34, 37). Tendenziell beziehen sich rechtspopulistische Parteien weniger auf sozioökonomische als vielmehr auf soziokulturelle Themen (Mudde 2010: 1179). Es ist nicht der Populismus mit seiner dünnen ideologischen Schicht, sondern die angebundene Ideologie wie z.B. Xenophobie, die Wähler mobilisiert (Mudde/Kaltwasser 2017: 99). Rechtspopulisten stehen dem Konzept des neurechten Ethnopluralismus, einem gesteigerten Sicherheitsbedürfnis und einer protektionistischen Sozial- und Wirtschaftspolitik nahe (Wolf, 2017: 14). Um die eigenen Ideen und Vorstellungen zu ventilieren, wird auch das Schüren von Ressentiments in der Bürgerschaft genutzt. Aktuell lässt sich festhalten, dass der Islam und Muslime sowie die Immigrationspolitik zu den bevorzugten Feindbildern gehören. Diese, so die Populisten, seien für die gegenwärtigen Probleme verantwortlich. Außerdem führen Multikulturalismus und Immigration zu einem Identitätsverlust bei den „Einheimischen“ und deren Entwurzelung und zu steigender Kriminalität (Wolf, 2017: 15-16). In der Folge soll sich diese Studie bei der Analyse des Parteiprogramms der EKRE auf diese Bereiche fokussieren.

## 2. Partei

Wo kommt die Estnische Konservative Volkspartei (EKRE) her? Das estnische Parteiensystem erlebte seit seiner Entstehung während der Unabhängigkeitsbewegung gegen die sowjetische Okkupation zahlreiche Parteigründungen in Form von genuin neuen Parteien, Abspaltungen aus alten Parteien und Fusionen zwischen Parteien sowie einer Kumulation aller Formen der Gründungsmöglichkeiten (Winkelmann 2007, Grofman/Mikkel/Taagepera 2000). Auch die EKRE macht hier keinen Unterschied. Der Nukleus der Partei liegt weit zurück in der Gründung der Estnischen Volkunion (Eestimaa Rahvaliid) im Jahre 1999. Rahvaliid war eine Partei, die durch Fusion mit anderen Parteien entstand und eher die ländliche, estnische Bevölkerung sowie Ex-Kommunisten ansprach

(Winkelmann 2007: 53; news.err.ee: 09.03.15). Das estnische Wikipedia wiederum datiert die Gründung der EKRE auf September 1994. Wikipedia zeigt die langsame Entwicklung, die geprägt ist durch die Zugehörigkeit zu verschiedenen national orientierten Bündnissen, bis zur unübersichtlichen Gründung hin zur jetzigen EKRE auf. Allgemein aber wird der 24. September 2012 als Gründungstag von EKRE betrachtet (Wikipedia.ee). Für die Entwicklung der Partei ist es wichtig zu erwähnen, dass es am 21.10.2009 seitens der Zentrumspartei, die als Repräsentantin der russischsprachigen Minderheit gilt, ein Fusionsangebot gab, das aber abgelehnt wurde (erakonnad.info/erakond/reg/erl.html).

Seit 2013 ist Mart Helme der Vorsitzende der Partei. Mart Helme ist politisch kein Unbekannter. In den 1990er Jahren war er Botschafter der Republik Estland in Russland (ekre.ee). Martin Helme ist ebenfalls Vorstandsmitglied von EKRE und Abgeordneter im Riigikogu. Estland ist ein kleines Land und so sind Familien oder Familienbande in Parteien und Führungsfunktionen oder als Abgeordnete nicht ungewöhnlich. Bereits in der Rahvaliid waren z.B. verschiedene Mitglieder der Familie Reiljan in exponierter Stellung aktiv.

## 3. Analyse des Grundsatzprogramms

Als Grundlage der kommenden Analyse wird das „Konservatiivne Programm“ ausgewählt. Die Internetseite der Partei bietet noch weitere Programme in estnischer Sprache an. Hierzu gehören „Eurovalimiste Platvorm“, das „Konservatiivne Manifest“ von 2012, das letzte Wahlprogramm für die Parlamentswahl 2015 u.a.m. Das „Konservatiivne Programm“ ist das Grundsatzprogramm der Partei. Dieses Programm liegt nur in estnischer Sprache vor. Die Zitation dieses Programms wird folgendermaßen erfolgen: dem estnischen Namen des Programmkapitels folgt die Seitenzahl.

Bereits an dieser Stelle kann festgehalten werden, dass das Parteiprogramm der Eesti Konservatiivne Rahvaerakond den Erwartungen an eine Vollpartei entspricht und allumfassend in dem Sinne ist, dass alle wesentlichen Politikbereiche thematisiert werden. Eine Ein-Themen-Partei ist sie nicht; deshalb kann sie auch nicht auf klassische populistische Themen reduziert werden. Im Folgenden wird das „Konservatiivne Programm“ auf die oben herausgearbeiteten Kerncharakteristika einer rechtspopulistischen Partei untersucht und entsprechende Passagen werden zugeordnet. Die gewählten Charakteristika sind: Anti-EU, -Islam, -Immigration; Volk vs. Eliten und

direkte Demokratie. Ausgewählt werden Programmpunkte, die eindeutig rechtspopulistischen Charakter haben bzw. den gewählten Kernthemen zugeordnet werden können.

### 3.1 Anti-EU

Die Europäische Union findet im Parteiprogramm an verschiedenen Stellen in direkter oder in indirekter Form Erwähnung. Die Partei verspricht im Kapitel „Sotsiaalpoliitika“ EU-Strukturfonds-Gelder zum Zwecke der Regionalentwicklung nutzen zu wollen (Sotsiaalpoliitika: 3). Dies ist erstaunlich, denn in einem Statement vom 30.04.2017 erklärte der Parteivorsitzende, dass Estland die EU verlassen sollte. Auch das Geld der EU sei unbedeutend, denn es wäre nur für sinnlose Dinge ausgegeben worden, hätte die Korruption gefördert und die estnische Wirtschaft gliche eher einem Trümmerfeld wie die deutsche oder japanische nach dem Zweiten Weltkrieg. Und überhaupt entwickle sich die EU in einen totalitären Moloch. EU-Gelder seien nur ein Hindernis auf dem Weg zu Modernität und Wachstum, welche ohne diese Gelder besser zu erreichen seien (news.err.ee: 30.04.2017). Dazu passt, dass wenige Wochen zuvor der Parteikongress beschlossen hatte, ein neues Referendum über die EU-Mitgliedschaft abhalten zu wollen (news.err.ee: 10.04.2017). Das erste erfolgte im September 2003 vor dem Beitritt zur EU. Ebenfalls gegen die EU gerichtet ist das Ansinnen, den EU-Verteilungsplan für Flüchtlinge, dem Estland zugestimmt hat, wieder abzulehnen (news.err.ee: 21.03.2017). Die EU teilweise zu akzeptieren scheint die Partei in ihrer Wirtschaftspolitik. Hier strebt sie an, dass die estnische Landwirtschaft im europäischen Wirtschaftsraum wettbewerbsfähig sein solle, gleichzeitig aber die heimische Wirtschaft gegen ausländische Akteure geschützt werden müsse (Majandus ja põllumajandus: 8). Der Staat soll explizit estnische Unternehmen bei der Auftragsvergabe bevorzugen (Majandus ja põllumajandus: 8), was wiederum ein eklatanter Bruch mit EU-Recht wäre und die Anti-EU-Programmatik der Partei zeigt. Besonders deutlich wird die protektionistische Wirtschaftspolitik in der Landwirtschaft. Die Produktionsgrenzen in der Landwirtschaft sollen fallen. Ziel ist eine Autarkie für Grundnahrungsmittel. Die Landwirtschaft soll vor ausländischer Konkurrenz geschützt werden. Gleichzeitig aber will EKRE mehr Produkte exportieren (Majandus ja põllumajandus: 9).

Einen deutlichen Widerspruch zu Werten der EU findet sich im Programm über die Einführung der Todesstrafe (surmanuhtlus) in Fällen des Hochverrats,

Mordes oder von Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Õigus ja korrakaitse: 13). In diesem Fall müsste Estland aus der EU austreten. Dies alles erscheint irritierend, wenn man sich das Kapitel der Außen- und Sicherheitspolitik ansieht (Välis- ja julgeolekupoliitika). Dort werden die Forderungen und Pläne vorgebracht, nach denen die EKRE ein vielfältiges Europa fordert, in dem die nationalen Kulturen geschützt werden. Auf der einen Seite will die Partei Estlands Rolle in der EU stärken und auf der anderen Seite gilt aber eine Suprematie estnischen Rechts in Estland über EU-Recht. Die EU soll gestärkt werden und in vielen Bereichen wie der Kriminalitätsbekämpfung soll es eine vertiefte Zusammenarbeit geben (Välis- ja julgeolekupoliitika, 15). Auch in der Regionalpolitik findet sich die Rosinenpickerei der EKRE wieder. Auf der einen Seite will die Partei die ländliche Arbeitsmarktpolitik mit EU-Geldern fördern, auf der anderen Seite aber die Rechte von EU-Ausländern beim Landerwerb einschränken (Regionaalareng ja kohalik omavaltsus: 20). Die Partei lehnt eine militärische Integration in die EU ab (Riigikaitse: 17). Eine Kohärenz ist nicht immer zu erkennen.

### 3.2 Anti-Islam

Auch in Estland findet sich seit einiger Zeit eine seltsame Diskussion wieder, in der es um die Folgen für die estnische Identität durch die Immigration von wenigen Flüchtlingen aus muslimischen Ländern geht (Hartleb 2017: 117f.). Dass Estland seit Jahrhunderten eine muslimische Gemeinde besitzt (Özkan 2009), wurde in den Diskussionen weitgehend außer Acht gelassen. So bezieht sich EKRE in ihrer Familienpolitik (Perekond) auf christliche Werte und das traditionelle Familienbild aus Mann-Frau-Kind(er) (Perekond: 4). Hier zeigen sich erste anti-islamische (aber auch homophobe) Denkmuster. Ansonsten findet sich weder das Wort Islam im Programm, noch wird die Asylpolitik thematisiert. Einzig die Re-Migration estnischer Auswanderer zurück nach Estland findet sich im Programm an verschiedenen Stellen. Die Positionen der Partei können entsprechend am ehesten exemplarisch durch die mediale Berichterstattung ergründet werden. Am 06.02.2016 wollte die Partei mit PEGIDA, Fortress Europe und anderen Rechtspopulisten aus Europa in Estland gegen die Islamisierung des Kontinents demonstrieren (news.err.ee: 01.02.2016). An anderer Stelle setzten Mart Helme und sein Sohn Martin den Islam in eine enge Beziehung mit Immigration und Terrorismus (news.err.ee: 21.08.2017; 19.08.2017). Die anti-islamische/anti-muslimische Rhetorik ist inzwischen zu einem von der Partei gepflegten Programmpunkt geworden.

### 3.3 Anti-Immigration, russische Minderheit

Das thematische Charakteristikum Anti-Immigration wird mit Blick auf das Parteiprogramm differenziert. Zum einen soll hier berücksichtigt werden, wie die Partei zur Immigration allgemein steht und zweitens wie sie mit den Ergebnissen der bisherigen Immigration – also der russischen Minderheit, die während der Okkupationszeit völkerrechtswidrig in Estland angesiedelt wurde – umgehen möchte.

Die erste Erwähnung findet das Thema Migration im Kapitel „Kodanik ja kodanikuühiskond“. Dort wird für eine Re-Migration von Esten zurück nach Estland geworben. Neben den Emigranten sind hier auch die estnischen Flüchtlinge angesprochen, denen ein materielles Rückkehrrecht und staatliche Unterstützung eingeräumt werden soll. Immigranten sollen nur streng kontrolliert zuwandern dürfen. Dies gilt für Zuwanderungen aus dem Westen genauso wie aus dem Osten. Einwanderung soll sich an Notwendigkeiten orientieren. Diese Immigranten sollen schnellstmöglich in die estnische Gesellschaft und Kultur integriert werden (Kodanik ja kodanikuühiskond: 1). Ausländische Lehrer und Wissenschaftler sollen über hervorragende Sprachkenntnisse sowie Kenntnisse der estnischen Geschichte verfügen müssen (Haridus ja kultuur: 5). Integration wird faktisch als Assimilation verstanden. Arbeitsmigration von Personal aus dem Gesundheitswesen soll durch verbesserte Rahmenbedingungen verhindert bzw. umgekehrt werden (Tervishoid: 7).

Mit Blick auf die russische Minderheit spricht sich die Partei für eine Akzeptanz der bisherigen Verhältnisse aus und damit für ein Bleiberecht der zuvor eingewanderten Russen. Eine doppelte Staatsbürgerschaft wird abgelehnt und kriminalisiert (Kodanik ja kodanikuühiskond: 1). Auf der anderen Seite will die Partei das Abkommen mit der Russischen Föderation aufkündigen, nach dem die ehemaligen Rotarmisten mit dauerhaftem Aufenthaltsrecht Pensionszahlungen aus Estland genießen (Sotsiaalpoliitika: 3) – ein deutlicher anti-russischer Wink. Außenpolitisch versteht sich die Partei ebenfalls als anti-russisch. Sie fordert die Grenzen gemäß des Vertrages von Tartu (1920), und nicht die Grenzen wie sie im nicht-ratifizierten Grenzvertrag von 2005/14 beschrieben sind (Välis- ja julgeolekupoliitika: 15). Diese Unterscheidung würde zu signifikanten Veränderungen der jetzigen Grenzen zu Gunsten Estlands führen. Die Partei fordert auch die Rückführung aller kulturellen Objekte, die während der Besatzungszeit nach Russland/UdSSR verbracht wurden (Õigus ja korrakaitse: 14). Zusätzlich sollen Entschädigungen von Russ-

land eingeklagt werden (Välis- ja julgeolekupoliitika: 16). Hier wird emotional auf die Leidenszeit der Esten während der Okkupation vor und nach dem Zweiten Weltkrieg angespielt, als u.a. Zehntausende aus politischen Gründen deportiert und enteignet wurden (Kukk/Raun 2007). Der russischen Minderheit mit grauem Pass (Staatenlose) wird mit Misstrauen begegnet, wenn es um die Landesverteidigung geht, und ihnen wird Illoyalität unterstellt (Riigikaitse: 17). Die estnische Sprache soll, auch im Gegensatz zur heutigen Situation (Galbreath 2005: 169), alleinige Amtssprache sein (Regionaalareng ja kohalik omavaltsus: 19).

Wie oben bereits erwähnt, wendet sich die Partei gegen den europäischen Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge. Auch kündigte die Partei bereits 2015 im Falle eines Wahlsieges die Rückführung und Deportation von Flüchtlingen an. Und auch dort wurde dies mit einer Ablehnung der EU-Flüchtlingspolitik verbunden. In diesem Zusammenhang fiel auch die Aussage des Fraktionsvorsitzenden Martin Helme: „If you are black, go back“ (Helme). Dieser Satz wurde 2013 in dem Kontext gebraucht, dass Estland ein weißes Land sei und bleiben solle, wenn es nach der EKRE ginge (news.err.ee: 20.07.2015).

### 3.4 Volk vs. Eliten

Elemente eines elitenfeindlichen Ansatzes findet man ebenfalls sehr früh im Programm. Versteht man unter Eliten auch Parteien, so macht das EKRE-Programm deutlich, dass das Parteiengesetz reformiert und die Zahlungen an die Parteien neu geordnet und reduziert werden sollen (Kodanik ja kodanikuühiskond: 1f.). Gegenwärtig hat Estland eine sehr großzügige Parteienfinanzierung (Winkelmann 2014). Einen elitenfeindlichen Ansatz formuliert das Programm, wenn die Partei fordert, die Kontrolle über die Gesetzgebung und den Lobbyismus zu verschärfen, um den Kauf von Gesetzen zu verhindern (Kodanik ja kodanikuühiskond: 2). Hierdurch wird bewusst eine Verquickung beider Themen suggeriert. Dass Teile der Eliten anscheinend mit ausländischen, der estnischen Republik feindlich gegenüberstehenden Kräften zusammenarbeiten (Kodanik ja kodanikuühiskond: 2), ist ein Seitenhieb auf die Zentrumspartei, der immer wieder eine Nähe zu Russland unterstellt wird und die eine Kooperation mit der Partei „Einiges Russland“ eingegangen ist und diese bisher nicht beendet hat (news.err.ee: 09.10.2017).

Die Partei setzt sich zum Ziel, das Volk zu aktivieren und seinen Willen in der Regierung umzusetzen und den Erhalt des estnischen Volkes, seiner Kultur und

Sprache zu sichern (Kodanik ja kodanikuühiskond: 1). Das Volk soll sich im Rahmen der Bildungs- und Kulturpolitik positiv entwickeln. Hier wird die Förderung der (traditionellen) estnischen Kultur betont. Denn diese soll dazu beitragen, die eigene Nation zu erhalten. Zu diesem Zwecke sollen verschiedene Maßnahmen erfolgen, die sich besonders um die estnische Sprache drehen. Auch im Ausland soll diese Förderung erfolgen. Tendenzen des Nativismus sind hier durchaus zu erkennen (Haridus ja kultuur: 5). Das Volk als estnische Nation wird betont, während die Minderheiten nur eine untergeordnete Rolle mit limitierten Rechten einnehmen sollen. Auch spielt der Staat bei der Kulturpolitik die entscheidende Rolle im Sinne eines intervenierenden und gestaltenden Akteurs. Der Partei geht es ausschließlich um die estnische Kultur, über der idealisierte Vorstellungen unausgesprochen mitschweben (Haridus ja kultuur: 6). Auch in der Kulturförderung sollen Gelder der EU-Strukturfonds zum Einsatz kommen (Haridus ja kultuur: 6). Das Volk wird auch in der Gesundheitspolitik in einem nativistischen Sinne verstanden, wenn explizit estnischen Familien der Zugang zu kostenfreien Fertilitätsbehandlungen gewährt werden soll, anderen dauerhaften Einwohnergruppen aber offenbar nicht (Tervishoid: 7).

Das Volk wird auch im Kapitel „Riik ja valitsemine“ (Staat und Governance) besonders betont. Hier wird Estland als einziges Land gepriesen, in dem Esten privilegiert sind und in dem Voraussetzungen für ihre Kultur und Sprache bestehen (Riik ja valitsemine: 11). Betont wird auch die Demokratie und der Kampf der Partei gegen Korruption und für gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und einen effektiven Verwaltungsapparat. Durch das Parteiprogramm wird suggeriert, dass die anderen Parteien nicht für diese Punkte stehen, sondern sie im Gegenteil negativ verkörpern. Darüber hinaus soll das Parlament gestärkt werden und die Abgeordneten sollen viel stärker der permanenten Kontrolle der Wähler ausgesetzt werden und die Abberufung von gewählten Abgeordneten soll während der Legislaturperiode eingeführt werden (Riik ja valitsemine: 11). EKRE ist die einzige Partei, die gegenwärtig das E-Voting-System, das 2005 auf kommunaler Ebene eingeführt wurde und heute durchgängig Verwendung findet, ablehnt und Sicherheitsbedenken vorschreibt (news.err.ee: 16.10.2017). Die Abneigung findet sich auch im Grundsatzprogramm, ohne dass es explizit erwähnt wird. EKRE fordert hier die Durchführung von Wahlen mit einem sicheren und nicht manipulierbaren System (Riik ja valitsemine: 11). Die Abneigung kann durch einen schwächeren Zuspruch der Partei beim E-Voting

teilweise erklärt werden. In der Kommunalwahl 2017 erhielt die EKRE knapp 11.000 ihrer ca. 39.000 Stimmen per E-Voting und damit knapp 25% ihrer Stimmen, während z.B. die Reformpartei ungefähr 50% ihrer Stimmen durch E-Voting erhielt (vgl. <http://kov2017.valimised.ee/valimistulemus.html#0000>). Die Ablehnung kann aber auch auf Verschwörungstheorien mit Bezug zum so genannten „Deep State“ beruhen (news.err.ee: 24.01.2018). Die Forderung hingegen, die Abgeordnetendiäten auf den Medianlohn zu reduzieren, hat einen elitenfeindlichen Ansatz, weil hier suggeriert wird, die Abgeordneten würden zu viel Geld für schlechte Arbeit erhalten. Ergänzt wird diese Zielsetzung noch mit der Bekämpfung der Korruption im Verwaltungsapparat und der Forderung, die Beamten und Politiker müssten für Fehlentscheidungen persönlich haftbar gemacht werden (Riik ja valitsemine: 11). Hier zeigt sich die Vorstellung, dass Politik und Verwaltung gemeinsam mit Geschäftsleuten unter einer Decke stecken und in dunkle Machenschaften gegen Estland und sein Volk verwickelt sind (Riik ja valitsemine: 11).

### 3.5 Direkte Demokratie

Im Grundsatzprogramm der EKRE finden sich zahlreiche Passagen, die eine stärkere Demokratisierung des estnischen politischen Systems fordern. Hierzu gehören auch plebiszitäre Elemente. Letztere sollen nur ergänzt werden. In der Verfassung finden sich bereits jetzt verschiedene Wege zu einem Plebiszit (Tupay 2015). Die aktive und sich engagierende Bürgerschaft wird im Programm als Grundvoraussetzung eines demokratischen und funktionierenden Estlands verstanden (Kodanik ja kodanikuühiskond: 1). Angestrebt wird u.a., dass der Staatspräsident durch direkte Volkswahl ins Amt gelangen solle. Aber auch technische Möglichkeiten sollen genutzt werden, um mehr Partizipationsmöglichkeiten zu eröffnen (Kodanik ja kodanikuühiskond: 1). Dies erstaunt, wird das E-Voting doch abgelehnt. Partizipationsmöglichkeiten werden betont, indem die Partei Volksinitiativen fordert und dass das Parlament ab 25.000 Unterstützern auch ein Referendum abhalten lassen muss (Riik ja valitsemine: 12). Eine thematische Begrenzung ist hier nicht gegeben, muss aber auch nicht, denn das Volk ist der höchste Souverän, der über alles entscheiden können muss.

Eine Mischung aus Anti-Eliten-Ansatz und mehr Partizipation findet sich im Kapitel Recht und Ordnung der Partei. Es wird eine grundlegende Neustrukturierung der Prozessordnung verlangt – der Wechsel auf das anglo-amerikanische Rechtssystem mit einer aus der Bürgerschaft stammenden Jury (Õigus ja korra-

kaitse: 13). Hier wird exemplarisch deutlich, dass der Bürger die Verkörperung des Reinen ist und das Justizsystem wegen seiner zu starken Nähe zu den Eliten etc. verändert werden muss. Dass sich dieses System nicht mit den estnischen Rechtsprechungstraditionen verträgt, die seit Jahrhunderten durch das deutsche, schwedische und russische System geprägt wurden, muss hier nicht weiter vertieft, aber erwähnt werden.

Martin Helme fordert, dass nur estnischen Staatsbürgern gestattet sein sollte, an Kommunalwahlen teilzunehmen. Die Integration anderer Bürger mit dauerhafter Aufenthaltserlaubnis hätte keine Verbesserungen der Situation erbracht, weil die Angehörigen aus Drittstaaten zu weit von der estnischen Kultur entfernt seien (news.err.ee: 09.05.2017). Diese Forderung findet sich auch im Programm wieder. Ergänzt wird dort der Vorstoß noch um eine Verschärfung der umstrittenen Sprachinspektionen (Riik ja valitsemine: 12), bei denen der Staat prüft, ob in Wirtschaft und Verwaltung die Sprachgesetze und Vorschriften eingehalten werden.

Direkte Demokratie bzw. Stärkung des Volkes auch auf kommunaler Ebene ist ebenfalls ein Programmpunkt der Partei (Regionaalareng ja kohalik omavalitsus: 19), ohne jedoch näher ausgeführt zu werden.

### Fazit

Die Eesti Konservatiivne Rahvaerakond (EKRE) ist eine Partei mit einem vollumfänglichen Programm. Bei diesem Programm kann festgehalten werden, dass weder die Immigrationspolitik oder islamischer Terrorismus geschweige denn Islamisierung thematisiert werden. Ursächlich hierfür ist, dass es zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Programms in Estland niemanden interessierte, denn diese Themen sind für Estland neu und auch weit weg. Die eigenen Krisenerscheinungen und ihre Bewältigung standen im Vordergrund – Muslime wollen bis heute nicht in Massen nach Estland. Dennoch finden sich die Themen Immigration, EU-Flüchtlingspolitik und Anti-Islam in den öffentlichen Verlautbarungen der Familie Helme. Die Partei muss diese Themen spätestens entdeckt haben, nachdem im Frühling 2015 der Anschlag auf die Satirezeitschrift ‚Charlie Hebdo‘ erfolgte und im Sommer 2015 die Fluchtbewegungen nach Europa offenbar wurden und es seit Herbst 2015 zu verschiedenen Anschlägen kam.

Der von Wolf angeführte wirtschaftliche Protektionismus als Element rechtspopulistischer Parteien findet sich wie oben gesehen auch im Programm der Eesti Konservatiivne Rahvaerakond wieder. Hier soll besonders die Landwirtschaft vor unliebsamer Konkurrenz geschützt werden.

Das (rechts-)populistische Kerncharakteristikum eines Gegensatzes von Volk und Eliten findet sich an zahlreichen Stellen des Parteiprogramms wieder. Der wichtigste Befund hierfür ist neben der Parteienfeindlichkeit und der Suggestion eines Zusammenhangs von Eliten und Korruption die Veränderung des estnischen Rechtsprechungssystems hin zu einem anglo-amerikanischen Jury-System.

Die EU-feindliche Haltung der Partei besteht schon seit Jahren auch im Parteiprogramm. Neben medial erhobenen Forderungen der Partei nach einem erneuten Referendum über den Verbleib in der EU, wie es die Rechtspopulisten der UKIP im Vereinigten Königreich erreichten, finden sich im Programm auch zahlreiche Passagen, die einen EU-Verbleib ausschließen würden (Einführung der Todesstrafe) oder die wenigstens nicht kompatibel sind mit dem gegenwärtigen Stand der Integration (Einschränkung des Wahlrechts, Begrenzung der Freiheiten). Dazu im Widerspruch stehend, will die Partei aber EU-Gelder nutzen, um regionale Entwicklungen voranzubringen. Mit Blick auf Äußerungen von Mart Helme, dass die EU-Gelder von ihm nicht gewünscht seien, befindet sich die Partei hier öffentlich im Widerspruch mit der eigenen Programmatik.

Hinsichtlich der Forderung nach mehr direkter Demokratie entspricht die EKRE ebenfalls der oben aufgeführten Definition von Rechtspopulismus. Das Volk als unschuldiger, reiner und einzig wahrer Souverän soll mehr Macht erhalten und Referenden anstoßen und den Staatspräsidenten direkt wählen können. Hier klingt auch immer mit an, dass die Politiker und der Verwaltungsapparat korrupt sind und die Tagespolitik von dunklen Geschäften geprägt ist, die es durch mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung zu beseitigen gilt – und natürlich durch die Partei selbst. Das Misstrauen und die Verachtung gegenüber den anderen Parteien zeigt sich immer wieder, wenn eben von diesem Staatsapparat und dem „Deep State“ gesprochen und den Mitgliedern der Elite schlechte Arbeit und Korruption unterstellt wird. Auch hier will die Partei ein in modernen Demokratien unübliches Verfahren einführen – die Abberufbarkeit von Abgeordneten während einer laufenden Legislaturperiode. Hier bleibt das Programm aber eher vage.

Den Tabubrecher gibt die Familie Helme gerne. Bekannt sind Ausfälle wie „If you are black, go back“ von Martin Helme. Und auch sonst zeigen Äußerungen in den Medien und dem Parteiprogramm deutlich, dass die wesentlichen ideologischen Aspekte denen einer rechtspopulistischen Partei entsprechen. Neben der dünnen ideologischen Schicht einer popu-

listischen Partei verbindet sich die EKRE mit den stärkeren Ideologien des Nationalismus und des Nationalismus, wie oben mit Verweis auf Mudde aber auch Wolf dargelegt. Kulturalistische bzw. nativistische Argumentationsstrukturen finden sich immer wieder im Parteiprogramm oder in Äußerungen von Abgeordneten bzw. Funktionsträgern. Ein Beispiel ist die Bestrebung, das aktuell eher inklusive Kommunalwahlrecht auf estnische Staatsbürger zu begrenzen.

### Literatur und Internetquellen

- Galbreath, David J. (2005): *Nation-building and minority politics in post-socialist states. Interest, influences and identities in Estonia and Latvia*, Stuttgart.
- Grofman, Bernard/Mikkel, Evald/Taagepera, Rein (2000): *Fission and fusion of parties in Estonia*. In: *Journal of Baltic Studies*, Vol. 31, No. 4, S. 329-357.
- Hartleb, Florian (2017): *Die Stunde der Populisten. Wie sich unsere Politik trumpetisiert und was wir dagegen tun können*. Schwalbach/Ts.  
<http://ekre.ee>, letzter Zugriff: 17.01.2018.  
[http://et.wikipedia.org/wiki/Eesti\\_Konservatiivne\\_Rahvaerakond](http://et.wikipedia.org/wiki/Eesti_Konservatiivne_Rahvaerakond), letzter Zugriff: 17.01.2018.  
<http://kov2017.valimised.ee/valimistulemus.html#0000>, letzter Zugriff: 17.01.2018.  
<http://news.err.ee/115352/extremists-in-parliament-not-so-fast>, 09.03.2015, letzter Zugriff: 17.01.2018.  
<http://news.err.ee/116335/far-right-mp-we-will-deport-refugees-if-we-win-elections>, 20.07.2015, letzter Zugriff: 30.01.2018.  
<http://news.err.ee/117563/ekre-to-stage-events-in-support-of-european-anti-immigrant-protests>, 01.02.2016, letzter Zugriff: 25.01.2018.  
<http://news.err.ee/585257/ekre-introduces-bill-to-suspend-participation-in-migrant-distribution-plan>, 21.03.2017, letzter Zugriff: 17.01.2018.  
<http://news.err.ee/589098/ekre-congress-confirms-helme-wants-new-eu-referendum>, 10.04.2017, letzter Zugriff: 17.01.2018.  
<http://news.err.ee/592954/ekre-leader-estonia-should-waive-eu-help-leave-the-union>, 30.04.2017, letzter Zugriff: 17.01.2018.  
<http://news.err.ee/603178/june-party-ratings-ekre-now-third-most-popular-party-in-estonia>, 20.06.2017, letzter Zugriff: 17.01.2018.  
<http://news.err.ee/613753/ekre-parliamentary-group-leader-calls-for-border-checks-to-be-reinstated>, 19.08.2017, letzter Zugriff: 25.01.2018.  
<http://news.err.ee/614053/opinion-digest-i-m-not-charlie-hebdo>, 21.08.2017, letzter Zugriff: 25.01.2018.
- <http://news.err.ee/635273/ratas-center-party-not-planning-to-give-up-protocol-with-united-russia>, 09.10.2017, letzter Zugriff: 17.01.2018.
- <http://news.err.ee/636821/e-vote-is-checked-and-confirmed-during-every-election-say-experts>, 16.10.2017, letzter Zugriff: 17.01.2018.
- <http://news.err.ee/677019/ekre-chairman-special-services-covertly-influencing-estonian-politics>, 24.01.2018, letzter Zugriff: 25.01.2018.
- <http://news.postimees.ee/4277717/center-party-once-again-wins-local-elections-in-estonia>, 16.10.2017, letzter Zugriff: 17.01.2018.
- <http://www.erakonnad.info/erakond/reg/erl.html>, letzter Zugriff: 17.12.2017.
- <https://ekre.ee/konservatiivne-programm/>, letzter Zugriff: 30.01.2018.
- <https://news.err.ee/594605/ekre-wants-to-limit-participation-in-local-elections-to-citizens>, 09.05.2017, letzter Zugriff: 30.01.2018.
- Kukk, Kristi/Raun, Toivo (2007): *Soviet deportations in Estonia: Impact and legacy*, Tartu.
- Lewandowsky, Marcel (2012): *Rechtspopulismus als Herausforderung für die Demokratie in Deutschland*. In: Mörschel, Tobias/Krell, Christian (Hrsg.): *Demokratie in Deutschland. Zustand – Herausforderungen – Perspektiven*. Wiesbaden, S. 389-412.
- Mudde, Cas (2010): *The populist radical right: A pathological normalcy*. In: *West European Politics*, Vol. 33, Nr. 6, S. 1167-1186.
- Mudde, Cas (2016): *Europe's populist surge. A long time in the making*. In: *Foreign Affairs November/December*, S. 25-30.
- Mudde, Cas/Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2017): *Populism. A very short introduction*. Oxford.
- Özkan, Aysha (2009): *Estonia*. In: Larsson, Göran (Ed.): *Islam in the Nordic and Baltic countries*, Oxon, S. 90-101.
- Tupay, Paloma Krõõt (2015): *Verfassung und Verfassungsänderung in Estland*. Berlin.
- Winkelmann, Rolf (2007): *Politik und Wirtschaft im Baltikum. Stabilisierung von Demokratie und Marktwirtschaft in Estland, Lettland und Litauen*. Saarbrücken.
- Winkelmann, Rolf (2014): *Auswirkungen der Veränderungen der Parteienfinanzierung in Estland nach 2004*. In: *MIP*, Jg. 20, S. 34-42.
- Wolf, Tanja (2017): *Rechtspopulismus. Überblick über Theorie und Praxis*, Wiesbaden.